

Das Geschäft mit der Angst

Exportschlager "Minarett-Verbot": Die Schweiz setzt sich an die Spitze des europäischen Rechtspopulismus

"Der Bau von Minaretten ist verboten." Diesen schlichten Satz möchte ein von der mitregierenden Schweizerischen Volkspartei (SVP) getragenes Initiativkomitee in die helvetische Bundesverfassung eingefügt sehen. Am 1. Mai hat die Sammlung von Unterschriften begonnen. Wer die Mobilisierungsfähigkeit der derzeit schlagkräftigsten Vertreterin des europäischen Rechtspopulismus kennt, kann kaum daran zweifeln, dass die benötigten 100 000 Unterstützer innerhalb von 18 Monaten ohne weiteres zu versammeln sind.

Nach der dann doch zu erwartenden Ablehnung durch Regierung und Parlament würde schließlich eine Volksabstimmung folgen - allerdings frühestens im Jahr 2010. Eine Stimmenmehrheit für das Minarett-Verbot ist deshalb durchaus nicht unrealistisch. Mit ausländerpolitischen Referendumskampagnen hat die SVP wiederholt Ergebnisse zwischen 40 und 60 Prozent erreichen können - und das meist in Totalopposition zu den übrigen Regierungsparteien, der Zivilgesellschaft und den Medien. Die anhaltenden Erfolge der SVP haben mittlerweile auch Rechtspopulisten jenseits der Schweizer Landesgrenzen aufhorchen lassen. Ihre Forderung nach einem Minarett-Verbot ist dabei, sich zu einem Exportschlager zu entwickeln.

Das vom SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer angeführte Initiativkomitee sieht im Minarett das "äußerliche Symbol eines religiös-politischen Machtanspruchs". Der Islam räume religiösen Regeln ein deutliches höheres Gewicht ein als staatlichen Gesetzen - und stelle schon deshalb eine ernste Gefahr für die Demokratie dar. Mit einem Minarett-Verbot werde das "Ansinnen islamistischer Kreise, einem an der Scharia orientierten Rechtssystem auch in der Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen, zurückgewiesen".

Keinesfalls jedoch richte sich die Volksinitiative gegen das verfassungsrechtliche Gebot der freien Religionsausübung. Moscheen und Gebetsräume könnten schließlich auch ohne Minarette betrieben werden. Es gehe ausschließlich um das legitime Recht der Einheimischen, sich gegen eine drohende "Islamisierung" des öffentlichen Raums zur Wehr zu setzen.

Das Medienecho auf die Volksinitiative ist enorm, nicht zuletzt auch im arabischen Raum. Während sich Ulrich Schlüer von Al-Dschasira interviewen lässt, sind die eidgenössischen Sicherheitsorgane in Aufregung. Sie befürchten eine Erhöhung der islamistischen Terrorgefahr. An die Schweizer Auslandsvertretungen ergingen bereits offizielle Sprachregelungen, mit denen der Stand des Verfahrens erläutert und vor allem darauf hingewiesen werden soll, dass gegenwärtig kein Minarett-Verbot existiert.

Die Handreichungen der Behörden verschweigen jedoch, dass die Verbotsinitiative nicht von einer Randgruppe getragen wird, sondern der stärksten der vier Regierungsparteien. Die SVP erzielte bei der Wahl vor vier Jahren fast 27 Prozent der Stimmen. Auch dank der Minarett-Initiative kann sie nun davon ausgehen, ihren Spitzenplatz bei der Nationalratswahl im kommenden Oktober zu behaupten.

Diese für rechtspopulistische Regierungsparteien bemerkenswerte Erfolgsbilanz wird mittlerweile auch bei Gesinnungsgenossen im benachbarten Ausland registriert. Die FPÖ brachte noch vor der Sommerpause einen Entschließungsantrag ins Parlament ein, in dem ebenfalls die Aufnahme eines Minarettverbots in die Bundesverfassung gefordert wird. Begründung des Parteivorsitzenden Heinz-Christian Strache: "In Österreich sprießen Minarette wie Unkraut aus dem Boden." Sogleich verkündete

Jörg Haider, im Dienste der FPÖ-Abspaltung BZÖ nach wie vor Landeshauptmann von Kärnten, für sein Bundesland ein entsprechendes Bauverbot. Die populistische "Bürgerbewegung pro Köln", maßgeblich engagiert im Kampf gegen eine Großmoschee in Köln-Ehrenfeld, will gar ein "Minarettverbot für ganz Europa". Ähnliche Stimmen finden sich vermehrt auch im belgischen Vlaams Belang sowie bei französischen Rechtspopulisten.

Ausländerpolitik, so der ehemalige BZÖ-Staatssekretär Eduard Mainoni in bemerkenswerter Offenheit, ist für Rechtspopulisten seit langem ein gut kalkulierbares "Geschäft mit der Angst". Selbstredend ist auch die radikale Islamfeindlichkeit des Rechtsaußen-Lagers nicht erst im Laufe der vergangenen Monate entstanden. Bemerkenswert ist jedoch die steile Karriere des Minarett-Sujets. Erklärbar wird dies erst, wenn man den strategischen Ansatz rechtspopulistischer agierender Parteien berücksichtigt.

Populismus zielt immer darauf, eine Frontstellung zwischen "dem Volk" und "den Eliten" aufzubauen. Während sich Populisten als einzig authentische Vertreter der "schweigenden Mehrheit" betrachten, wird der "Politischen Klasse" zum Vorwurf gemacht, korrupt zu sein und das eigene Volk entmachten zu wollen - etwa durch eine großzügige Einwanderungspolitik. Um diese Dichotomie überzeugend profilieren zu können, benötigen Rechtspopulisten vor allem solche Kampagnenthemen, die zwei Kriterien zugleich erfüllen. Sie müssen bei einem möglichst großen Teil der "Einheimischen" auf Sympathien stoßen, aber zugleich den politischen Mainstream zu harschen Abgrenzungsreaktionen provozieren. Bei der Forderung nach einem Minarett-Verbot ist dies gegeben, bei alternativen Thematisierungen nicht. Während das Eintreten für ein Kopftuch-Verbot heute kaum noch öffentliche Aufregung verursacht, würde die Forderung nach einem generellen "Moschee-Verbot" von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als zu radikal abgelehnt werden.

Anti-Minarett-Initiativen wenden sich vordergründig nur gegen einen "islamistischen Herrschaftsanspruch", nicht jedoch gegen die Religionsausübung selbst. Diese scheinbar "diskussionswürdige" Kernforderung hindert Rechtspopulisten jedoch nicht daran, bei ihren Sympathisanten zugleich offensiv Ressentiments zu schüren. Die dadurch provozierten Abgrenzungsreaktionen seitens der etablierten Parteien und Medien werden von Populisten sofort als Angriff auf die Meinungsfreiheit deklariert. Über die "wahren Probleme" dürfe man offensichtlich nicht mehr sprechen. Zudem wende man sich ja nicht gegen den Islam an sich, sondern nur gegen die Herrschaftssymbolik der Minarette. Wenn die "Politische Klasse" eine Diskussion darüber unterbinden wolle, stecke sie offensichtlich mit den Muslimen unter einer Decke. Minarette sind in dieser Logik nicht nur "Speerspitzen gegen die autochthone Bevölkerung", so Heinz-Christian Strache. Ihre Verbreitung werde von "denen da oben" zumindest geduldet, wenn nicht gar gefördert.

Die SVP beherrscht dieses "Wir-gegen-die-Anderen"-Spiel nahezu perfekt. Man mag das Argumentationsgebäude der Rechtspopulisten für höchst fragwürdig halten. Doch theoretischen Inkonsistenzen gegenüber hat sich der gesunde Menschenverstand der "schweigenden Mehrheit" schon immer als ausgesprochen tolerant erwiesen. Sollte die Minarett-Initiative aufgrund von Kollisionen mit der Europäischen Menschenrechtskonvention gar nicht erst zur Abstimmung zugelassen werden, würde dies dem Common-Sense-Denken lediglich als hinterlistige Finte des Establishments erscheinen. Populistische Identitätspolitik lässt sich mit juristischen Mitteln sicherlich behindern, nicht jedoch nachhaltig einhegen. Im Notfall könnte die SVP schlicht auf andere Volksinitiativen setzen. Für ein Referendum zur Verschärfung der Einbürgerungsregeln hat sie die 100 000 Unterschriften bereits beisammen. OLIVER GEDEN

Der Autor ist Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Zuletzt erschien von ihm im VS-Verlag die Studie "Diskursstrategien im Rechtspopulismus".